

Landesregierung unterstützt Bürgerinitiative

Technische Optionen bei der Lärmreduzierung schnell zum Einsatz bringen

Rheingau. (rf) – Die Hessische Landesregierung wird in der neuen Legislaturperiode die Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V. unterstützen, dies teilte Ministerpräsident Volker Bouffier dem Ersten Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Willi Pusch, in einem Schreiben mit. CDU und Bündnis 90/Die Grünen hätten sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt, einen Schwerpunkt ihrer Politik auf die Vermeidung und Reduzierung von Straßen- und Schienenlärm zu setzen. So unterstütze die Landesregierung explizit das Ziel der Bundesrepublik, den Schienenlärm bis 2010 deutschlandweit zu halbieren und fordere die schnellstmögliche Umrüstung auf leise Güterzüge. Zudem sei beabsichtigt, sich auf Bundesebene für eine Ergänzung der 16. Bundes-Immissionschutzverordnung und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahn des Bundes einzusetzen. Ziel sei dabei, so der Ministerpräsident, ein Spitzenwertkriterium bei der Betrachtung

des Nachtzeitraums festzulegen. Hinsichtlich der konkreten Situation im Mittelrheintal und im Rheingau bekennten sich CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Ziel, eine Entlastung für die von Lärm und Erschütterungen betroffenen Menschen zu erreichen. Zu diesem Zweck würde nach Worten von Volker Bouffier das 10-Punkte-Programm „Leises Mittelrheintal“ aus dem Jahre 2010 fortgeführt und dessen Inhalte weiterhin mit Nachdruck auf Bundesebene und gegenüber der Deutschen Bahn AG vertreten. Ebenso werde sich die Landesregierung, wie bislang auch, für eine Alternativstrecke für den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal auf Grundlage der seitens des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Korridorstudie einsetzen.

Um möglichst rasch eine Entlastung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal und im Rheingau zu erreichen, sollen nach Auffassung der Landesregierung die derzeitigen technischen Optionen bei der Lärmreduzierung soweit wie möglich

zum Einsatz kommen. Hierzu gehören unter anderem die Umrüstung auf LL-Sohlen und Verbesserung am Gleisbett. CDU und die Bündnisgrünen unterstützten die seitens der neuen Bundesregierung geplante Initiative auf europäischer Ebene für ein zu erlassendes EU-weites Einsatzverbot für laute Güterwagen sowie für ein EU-Programm zur Förderung der Umrüstung lauter Güterwagen. Schließlich sollen zusammen mit dem Bund Konzepte entwickelt werden, um den Güterverkehr auf die Bundeswasserstraßen zu verlagern, so Ministerpräsident Bouffier gegenüber dem Ersten Vorsitzenden der Bürgerinitiative.